B e r i c h t

des

Bundesrathes an die h. Bundesversammlung über eine Beschwerte der Regierung des Kantons Waadt, betreffend Portobefreiung für Armengelder.

(Som 23. Juli 1862.)

T i t. I

Wir erstatten hiemit unsern Bericht über die Eingabe der Regierung des Kantons Waadt vom 16. dieß, in welcher gegen eine von uns in dem hienach bezeichneten Spezialfalle gefaßte Entscheidung, betreffend Portobefreiung für Armengelder, reklamiert worden ist.

Der Staatseinnehmer des Bezirks Lausanne hat im April 1862 demjenigen des Bezirks Chailens eine Geldsumme von Fr. 13,000, zur verzinlichen Anlegung bestimmt, übersandt und mit der Ueberschrift: „pour pauvres“ versehen, darauf gestützt, daß diese Gelder dem kantonalen Krankenhaus gehören. Von den Postbüreaux ist indessen auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen diese Sendung mit der Lage belegt worden.

Auf eine bezügliche Reklamation der Regierung des Kantons Waadt vom 9. Mai 1862 haben wir in Betracht, daß diese Gelder weder an Arme, noch an Armenanstalten versandt worden sind, den Taxbezug am 19. Mai 1862 als begründet erklärt und bestätigt. Die in Sachen an diese Regierung ergangene Zuschrift ist den Akten beigelegt.

Das Posttagengesetz vom 25. August 1851, welches mit 30. Juni 1862 außer Kraft getreten ist, hat nämlich vom Porto befreit:

„Die Gelder, die von Behörden an Arme oder Armenanstalten geschickt werden“, und die gleiche Bestimmung ist wörtlich wieder in das am 1. dieß in Ausführung getretene Posttagengesetz vom 6. Februar 1862, Art. 35, übergegangen. *) Unter Armenanstalten, welche die Portofreiheit genießen, werden nach der in Sachen bisher bestandenen Vollziehungsweise und nach der vom Bundesrathe am 13. Juni 1862 erlassenen Vollziehungsverordnung (Art. 10) verstanden: „jene Beamtungen und „Verwaltungen, denen die Ausübung der eigentlichen Armenpflege übertragen ist, als: Armenhäuser, Rettungsarmenanstalten, Hilfsanstalten, „u. s. w., welche vom Staate oder Gemeinden aufgestellt sind, unterhalten oder verwaltet werden.“ **)

*) Siehe eidg. Gesefsammlung, Band VII, Seite 147.

**) „ „ „ „ „ „ 289.

Es ist nun auch die in der Beschwerde der Regierung des Kantons Waadt enthaltene Anführung, als ob unsere Entscheidung vom 19. Mai 1862 eine Neuerung enthalte, nicht begründet, indem vor wie nachher die nämlichen gesetzlichen Bestimmungen bestanden haben und die Postbüreaux niemals Ermächtigung hatten, andere Gelder als solche, welche von Behörden an Arme oder Armenanstalten gesandt werden, portofrei zu befördern; und wenn hin und wieder allfällig Postbeamte aus Gleichgültigkeit oder irriger Auffassung der Sache anders verfahren wären, so kann hieraus gegen die Postverwaltung keine Verbindlichkeit abgeleitet werden.

Da in dem Rekursfalle die Stelle, an welche die Geldsendung erfolgte, keine Armenanstalt war, so unterlag die Befugniß des Bundesrathes keinem Zweifel, in Anwendung des Gesetzes das Begehren der Regierung des Kantons Waadt abzulehnen.

Das Privilegium der portofreien Gelderversendung ist gegenüber der Postverwaltung und der allgemeinen Regel, daß deren Leistungen bezahlt werden sollen, um so eher einschränkend auszulegen, als hiebei wegen allfälliger Verluste die Verantwortlichkeit der Posten in Anspruch genommen ist und ferner durch eine, etwa im Sinne der Beschwerde ergehende Entscheidung der eidgenössischen Rätthe auf den Einnahmen der Posten, die ohnehin in mehreren Richtungen großen Einbußen entgegengehen, weitere erhebliche Verminderungen eintreten würden, die nur zunächst auf die Kantone zurückfallen müßten.

Wir gelangen demnach zu dem Antrage:

Es habe, in Anwendung der Bestimmung von Art. 35 des Posttagengesetzes vom 6. Februar 1862 bei der Schlußnahme des Bundesrathes vom 19. Mai 1862 in Betreff des Bezugs der Gelderposttage sein Verbleiben, und es sei demnach auf das Gesuch der Regierung des Kantons Waadt vom 16. dieß - um anderweitige Anordnung - nicht einzutreten.

Genehmigen Sie, Tit., die Versicherung unserer vollkommensten Hochachtung.

Bern, den 23. Juli 1862.

Im Namen des Schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident: **Stämpfli.**
Der Kanzler der Eidgenossenschaft: **Schies.**

Note. Der Ständerath beschloß unterm 25. Juli 1862, in die vorstehende Beschwerde der Regierung von Waadt nicht einzutreten, und der Nationalrath hat durch Schlußnahme vom 26. des gedachten Monats die Sache auf die nächste Session verschoben.

**Bericht des Bundesrathes an die h. Bundesversammlung über eine Beschwerde der
Regierung des Kantons Waadt, betreffend Portobefreiung für Armengelder. (Vom 23. Juli
1862.)**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1862
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	45
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	20.09.1862
Date	
Data	
Seite	274-275
Page	
Pagina	
Ref. No	10 003 851

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.